Nummer 559

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Mittwoch, 1. Dezember 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis Praxis des Arbeitsrechts Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwort. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Heinrich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: H. Köppen, Berlin-Friedenau. Inseratenteil: J. V. Direktor A. Lorch, Berlin W 8. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Akt.-Ges. m. b. H., Berlin W 8., Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zu treffen sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Irlands-Versand nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 französische Francs, Belgien 250 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar: für den Monat Dezember 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Die innenpolitischen Schwierigkeiten.

Am Montagabend hat bekanntlich ein Kabinettsrat stattgefunden, der sich mit der Frage beschäftigte, was zu unternehmen sei, um trotz der Ablehnung der wichtigsten Paragraphen des Jugendschutzgesetzes eine Mehrheit für die dritte Lesung des Gesetzes im Reichstage herzustellen. Auf Grund der bei dieser Beratung ausgetauschten Anregungen hat bereits gestern eine erste Fühlungnahme zwischen den Parteien stattgefunden, die die Einleitung zu dem offiziell heute beginnenden Kompromißverhandlungen darstellt. In parlamentarischen Kreisen betrachtet man die Aussichten für das Zustandekommen des Gesetzes einigermaßen optimistisch, obwohl die Sozialdemokraten und die Linksdemokraten mit aller Kraft darauf hin arbeiten, die Regierung zur Zurückziehung des Gesetzes zu zwingen. Von Seiten der Deutschen Volkspartei besonders wird darauf hingewiesen, daß ihre Ablehnung der Paragraphen 2 und 3 des Gesetzes keine grundsätzliche Ablehnung sei, sondern daß die Deutsche Volkspartei die Tage vor der dritten Lesung zu dem Versuch benutzen werde,

mit Zentrum und Deutschnationalen eine Einigung über die Frage der Reichsprüfstelle herbeizuführen.

Man hofft, ein Kompromiß in dieser Beziehung zu finden auf der Basis, daß Zentrum und Deutschnationale der Reichsprüfstelle zustimmen, wenn diese im Einvernehmen mit den Landesregierungen gebildet wird. Die Schwierigkeit hierbei liegt darin, daß die Bayerische Volkspartei einem derartigen Kompromiß am wenigsten geneigt sein dürfte, und daß die Demokraten jedes Kompromiß ablehnen, das etwa ohne die Sozialdemokratie gemacht würde. Auch die Möglichkeit, daß Bayern und Preußen im Reichsrat gegen die Reichsprüfstelle Einspruch erheben, besteht immer noch. Man erfährt übrigens bei dieser Gelegenheit, daß der Beschluß, gegebenenfalls im Reichsrat gegen die Reichsprüfstelle zu protestieren, im preußischen Kabinett gegen die Stimmen der drei preußischen Zentrumsminister gefaßt wurde.

Selbst wenn es gelingt, alle die gefährlichen Klippen zu umschiffen, die sich aus der parlamentarischen Behandlung des Jugendschutzgesetzes ergeben, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß neue Gefahren und Schwierigkeiten in allernächster Zeit der Reichsregierung innenpolitisch drohen. Die nächste große Aufgabe des Reichstages ist die

Regelung der Arbeitszeitfrage.

Die Regierung möchte vor der endgültigen Regelung des Arbeitsschutzgesetzes eine provisorische Lösung der Arbeitszeitfrage finden. Die Sozialdemokratische Partei verlangt ein Notgesetz. Zur Klärung dieser Fragen fand gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsarbeitsministers eine Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien statt. Man beschloß zunächst einen interfraktionellen Ausschuß zu bilden, dessen Aufgabe es ist, konkrete Vorschläge zu formulieren, mit denen man eine Zwischenlösung des Problems der sogenannten „freiwilligen Mehrarbeit" suchen will. Von seiten der Linken wird darauf gedrängt, gesetzmäßige Bindungen zu schaffen gegen den „Mißbrauch der freiwilligen Mehrarbeit". Auf der anderen Seite wird besonders von der Deutschen Volkspartei auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß man den Bedürfnissen derjenigen Industriezweige entgegenkommen müsse, die wegen Mangel an hinreichend vorgebildeten Arbeitern auf eine Ueberschreitung der Achtstundengrenze nicht verzichten können, wenn sie nicht von vornherein von der Konkurrenz auf dem Weltmarkt freiwillig zurücktreten wollen. Von der Sozialdemokratischen Partei werden, wie aus einem „Vorwärts"-Artikel hervorgeht, in der Arbeitszeitfrage derartig radikale Anträge gestellt, daß es der Regierung schwer fallen dürfte, ohne die Hilfe der Rechtsparteien auszukommen.

Der König von Rumänien gibt die Besserung seines Gesundheitszustandes bekannt.

EP Bukarest, 30. November.

In der Kammer und im Senat wurde heute nachmittag ein Brief verlesen, den König Ferdinand an den Ministerpräsidenten Averescu gerichtet hat. In diesem Brief, der dem Publikum zugleich durch eine Extraausgabe des Amtsblatts zur Kenntnis gebracht wurde, teilt König Ferdinand dem Ministerpräsidenten mit, daß er schwerkrank gewesen sei, daß aber sein Zustand sich entscheidend gebessert habe. Mit einer deutlichen Anspielung auf die Verfassung gibt der König in dem Brief zu verstehen, daß er eine Rückkehr des Prinzen Carol nach Rumänien unter keinen Umständen dulden werde. — Heute vormittag empfing der König den Minister des Inneren, Goga, und erledigte mit ihm laufende Regierungsangelegenheiten.

Briand über Thoiry.

Die deutsch-französischen Annäherungsverhandlungen.

Paris, 30. November.

In seiner außenpolitischen Rede in der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer über die wir auch auf Seite 2 berichten) besprach der französische Außenminister besonders das Problem der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland. Er betont, daß die Politik Frankreichs eine Friedenspolitik sei und fährt fort, jedermann gebrauche das Wort Frieden, aber der Friede sei, wenn man so sagen dürfe, eine anspruchsvolle und schwer zu behandelnde Person. — Man müsse sich ihm gegenüber zu mehr verstehen als zu Höflichkeitskundgebungen. Der Frieden wolle, daß man ihn leidenschaftlich wünsche und sich ihm vollkommen hingebe. Wer ihn suche, sehe sich oft Sarkasmen aus, aber wie die Dinge heute in Europa liegen, werde alles getan werden, um einen soliden Frieden zu schaffen. Man müsse den Mut haben, es auszusprechen.

In Europa könne von einem wahrhaften Frieden so lange nicht gesprochen werden, solange nicht eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erfolgt sei.

„Wer den Frieden will, wie ich, ist davon überzeugt, daß er viel mehr nach den Verträgen handelt als seine Widersacher. Der Friedensvertrag von Versailles hat eine große Neuerung in die Friedensverträge eingeführt, nämlich seinen Schutz, die Satzung des Völkerbundes. Dieses setzt die juristischen Sanktionen an die Stelle der Sanktionen durch Gewalt, die die Verbündeten der früheren Verträge gewesen sind. Das ist sein Charakteristikum. Das ist es auch, was er will. Es ist möglich, daß das nur ein einfacher Gedanke ist. Aber es wäre verbrecherisch, wenn man nicht den Versuch machen wollte, ihn lebendig zu gestalten. (Stürmischer Beifall bei allen Parteien.) In unserem Lande hat man das vorausgesühlt. Hier kann man sagen, daß man zwischen Frankreich und Deutschland auch ein Friedensregime aufrichten kann, durch das täglich Zwischenfälle hervorgerufen werden. Schwierigkeiten können auch in schlechter Laune geregelt werden. Aber das ist nicht der Frieden und durch dieses Mittel bietet er einem Lande nicht die Möglichkeit zur Arbeit. Ich behaupte, daß, wenn man unsere Politik forsieht, wie ich sie verstehe, man sich nur dem Geist der Friedensverträge anschließt und daß dadurch auch die Autorität des Völkerbundes gefördert wird."

Briand wendet sich nunmehr gegen den kommunistischen Abgeordneten Cachin und sucht mit Nachdruck klar zu machen, was der Völkerbund schon geleistet habe. Der Völkerbund ist es auch, so fährt Briand fort, der es unternommen hat, den durch den Krieg aus ihren Heimstätten Vertriebenen ein neues Obdach zu bieten, und die Delegierten dieser verelendeten Volksteile haben dem Völkerbund ihre Anerkennung ausgesprochen. Gewiß ist der Völkerbund auch auf nationale Widerstände gestoßen, und es fehlen ihm die materiellen Machtmittel. Aber trotzdem war er in der Lage, den so ernsthaften griechisch-türkischen Konflikt friedlich zu regeln. Briand ging dann zur

Politik von Locarno

über. Sie bedeute, die Politik des Völkerbundes in die Tat umzusetzen. Das sei keine kleine Aufgabe. Es sei aber auch keine Aufgabe, die man nicht versuchen müßte. Deutschland habe freiwillig einen Vertrag unterzeichnet, durch den es die französischen Grenzen anerkenne und es habe sich auch auf die Regelung sämtlicher Konflikte durch Gewalt verzichtet. In dem Augenblick, in dem Deutschland in den Völkerbund aufgenommen worden sei, sei das Abkommen in Kraft getreten. Wie könne da Herr Müsburd von den Enttäuschungen nach Thoiry sprechen! Das Abkommen von Locarno könne doch innerhalb dreier Monate nicht seine volle Wirkung ausüben. Auch von Thoiry habe man gesprochen, als handle es sich um etwas Neues, das man an die Stelle von Locarno gesetzt habe. Das sei nicht richtig. Die Unterredung von Thoiry sei eine Unterredung nach vielen anderen gewesen, die er mit Stresemann in Genf und mit anderen gehabt habe. Man habe auch auf Verhandlungen zwischen Italien und Deutschland hingewiesen. Frankreich habe immer mit Interesse die Verhandlungen verfolgt, die zwischen anderen Ländern eingeleitet worden seien, um Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, die es selbst mit vielen Ländern abgeschlossen habe und auch wohl mit noch anderen in der nächsten Zukunft abschließen werde. Die

Unterredung von Thoiry

sei eine ganz natürliche Besprechung gewesen. Es könne sich weder für den einen noch für den anderen darum handeln, feste Abmachungen zu treffen. Er und Stresemann hätten lediglich alle Probleme behandelt, und diese Probleme seien ja bekannt. An erster Stelle habe er die Frage nach der Sicherheit gestellt. Dann sei von der Besetzung des Rheinlandes gesprochen worden. Briand fuhr fort: Wir Franzosen sind nicht nach dem Rhein gegangen, um Deutschland zu demütigen. Wir haben das Rheinland besetzt, als ein gewisses Pfand, das uns Bürgschaften geben soll. Die Festsetzungen eines Vertrages können, wenn beide Parteien sich dazu bereit erklärt haben, gemildert, humaner gestaltet werden, und eine Besetzung kann leichter gestaltet werden. Stresemann und ich haben auch über die Zwischenfälle im Rheinland gesprochen. Sollte es nicht von Interesse sein, daß diese Zwischenfälle verschwinden? Inzwischen sind diese Zwischenfälle, so erklärt Briand, erledigt worden. Briand warnt hierauf die Kammer vor Kommentaren der Presse, die auf unvollkommenen Berichten über Reden beruhen, die

Stresemann und Wirth im Reichstag

gehalten hätten. Die Berichte der Zeitungen hätten einen vollkommen falschen Eindruck erweckt.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Angst vor der eigenen Ueberzeugung?

Wo bleiben Volkspartei und Zentrum?

Nach dem Vorstoß der Deutschnationalen im Reichslage bei der Entscheidung über die Erwerbslosenfürsorge, wobei die sozialdemokratische Demagogie plötzlich entlarvt und die innere Unwahrheit der sogenannten großen Koalition in hellste Beleuchtung gerückt wurde, sind jetzt weitere Erfahrungen in der praktischen Arbeit des Reichstages gemacht worden. Es hat sich mit noch zwingenderer Schlüssigkeit gezeigt, daß sowohl auf dem Gebiete der Innen- wie auf dem der Außenpolitik ein praktisches Zusammenarbeiten zwischen den gegenwärtigen Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten und ihren als Demokraten auftretenden Mitläufern nicht möglich ist.

Als der Etat des Außenministeriums auf der Tagesordnung stand, hat niemand, abgesehen natürlich von den äußersten Radikalen rechts und links, die gegenwärtige Regierung so heftig angegriffen, wie der Redner der Sozialdemokratie, der stillen Teilhaberin an dem gegenwärtigen Kabinett, und die Presse des linken Demokratenflügels, deren Haltung soeben vom demokratischen Parteivorstand sanktioniert worden ist. Vom linken Flügel der Regierungskoalition her hat man die Reichswehr und den demokratischen Reichswehrminister Geßler angefallen, obwohl damit den äußeren Feinden das beste Material zur Erschwerung der Außenpolitik Stresemanns geliefert wird, die doch gerade Sozialisten und Linksdemokraten als die einzig wünschenswerte und richtige erklären. Die Reichswehr hat sich in all diesen Jahren auch in der wirren Zeit des Jahres 1923 als gehorsames Werkzeug der von der Weimarer Verfassung gesetzten Instanzen erwiesen. Trotzdem macht die Wut darüber, daß unser kleines Heer nicht eine sozialistische Schultruppe und Pflanzstätte marxistischer Klassenkämpfer ist, die Sozialisten, Pazifisten und Linksdemokraten so politisch gewissenlos, daß sie sich um den Schaden, den sie in unseren äußeren Beziehungen anrichten, überhaupt nicht kümmern und auch darum nicht, daß durch die Hetze gegen die Reichswehr neue schlimmste Verbitterung und ein neuer gefährlicher Riß in unser Volk hineingebracht wird. Wo sonst wohl in der Welt dürfte sich eine Regierungspartei oder eine, die es versteckt sein oder werden will, an der vaterländischen Wehrmacht und an deren Ansehen so vergehen?

Bei der Beratung über das Gesetz zur Verhinderung der Kolportage von Schund- und Schmutzliteratur unter den Jugendlichen, also unter Menschen die weniger als 18 Jahre alt sind, hat bei Sozialisten und Demokraten sowohl im Reichstag wie in der Presse abermals eine Tobsuchtsorgie stattgefunden gegen die mit demokratischen Ministern durchsetzte und mit den Sozialdemokraten in stiller Koalition stehende Reichsregierung. Ergeben hat sich die Tatsache, daß das von allen Freunden und vorurteilslosen Förderern der Jugend für nötig gehaltene Gesetz nur gegen die am Kabinett beteiligten Demokraten und die Sozialdemokratie zustandekommen kann, oder daß die ganze Aktion überhaupt fehlschlägt, obwohl sie von der großen Mehrheit des Reichstages und des Volkes doch für nötig gehalten wird.

Wir fragen danach:

Glaubt die Deutsche Volkspartei, glaubt das Zentrum wirklich, daß es dem Willen ihrer Wähler entspricht, wenn sie durch weiteres Zusammengehen mit der Sozialdemokratie und mit den Berliner Asphaltdemokraten solche Zustände ermöglichen, wenn sie die Reichswehr vogelfrei sein lassen, wenn sie das Agitationsgebrüll für die Republik, so wie die Marxisten und ihre demokratischen Anhängsel sie verstehen, sich im Reich und in Preußen so hemmungslos austoben lassen? Können die nationalen Wählermassen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums auch nur das geringste Verständnis dafür haben, daß ihre Vertreter im Reichstage und im preußischen Landtage nicht mit einem Donnerwetter in die linksradikale Agitation hineinfahren?

Wir sind der festen Ueberzeug, daß je länger die gegenwärtigen innenpolitischen Zustände dauern, desto unzufriedener gerade die treueste Wählerschaft der Volkspartei und des Zentrums wird.

Mit vollem Recht hat unseres Erachtens neulich der volksparteiliche Abgeordnete v. Kardorff darauf hingewiesen, daß man sich auf die Berührungspunkte mit den Deutschnationalen, die zahlreicher seien als die mit der Linken, besinnen müsse. Ebenso mit Recht hat Stegerwald, der Zentrumsführer, soeben in Essen erklärt, daß es zur Notauch ohne die Sozialdemokratie gehe. Wir können nur wiederholen, was wir hier schon oft gesagt haben: man mache endlich den Versuch, auch ohne, sogar gegen die Sozialdemokratie zu regieren und knicke nicht immer gleich wieder aus Furcht vor der eigenen Courage zusammen. Die Revolutionsgefahr besteht doch nicht mehr, gerade weil die Reichswehr ein zuverlässiges Instrument des gegenwärtigen Staates ist. Und wenn sie bestände, wäre es um so notwendiger, und zwar schnellstens, vorzusorgen, daß denjenigen Bestrebungen, die die Fortsetzung der Revolution von 1918 wollen, endgültig das Rückgrat gebrochen wird. Das kann aber nie geschehen, solange Kommunisten, Sozialisten und Asphaltdemokraten mit zu regieren haben.

Herr Joseph Wirth, der in jungen Jahren sogar schon einmal Reichskanzler war, hat bekanntlich bei der jüngsten außenpolitischen Debatte im Reichstage eine Rede gehalten, die Eindruck machte, obwohl er nur für seine Person sprach. Sie war ein ästhetischer Genuß vom rhetorischen und literarischen Gesichtspunkt, aber fast auch vom politischen aus. Derselbe Herr Wirth, der auf dem Gipfel seiner Machtstellung das berühmte Wort in Deutschland hineinrief: „Der Feind steht rechts!" hat jetzt mit größter Höflichkeit anerkannt, daß den außenpolitischen Argumenten der Deutschnationalen doch eine erhebliche Berechtigung innewohne. Man sieht, daß die Zeit, die er sich außerhalb seiner der Regierungsämter und zum Teil sogar außerhalb seiner Fraktion als simpler Abgeordneter hat ausdienen müssen, ihn innerlich außerordentlich gefördert hat. Wenn das so weitergeht, könnten auch die nationalsten „Heißsporne" Gefallen an dem roten Wirth gewinnen.

Man mache einmal ein ähnliches Experiment mit der Sozialdemokratie und auch mit der Demokratie. In beiden Parteien sind Elemente vorhanden, die längst begriffen haben, daß Agitation und Parteiinteressen nicht das A und O aller politischen Betätigung sind. Man lasse sie ruhig im Kessel der Opposition schmoren, bis die politische Logik sie überzeugt, daß man sich damit abfinden muß, daß in Deutschland immer eine bürgerliche Mehrheit vorhanden ist und man sie besonders dann nicht aus dem Sattel heben kann, wenn das Bürgertum sich wehrt und von den Machtmitteln der Weimarer Verfassung und der gegenwärtigen Republik einen ähnlichen Gebrauch macht wie die Marxisten, wenn sie irgendwo am Ruder sind.

Jeder nationalgesinnte Bürgerliche, der seine politische Ideale ehrlich im Herzen trägt, hat die moralische Pflicht, für sie ebenso eifrig und rücksichtslos zu kämpfen wie die Marxisten, Pazifisten und Asphaltdemokraten für ihre Ideale kämpfen.

Nach der definitiven Festlegung unserer Außenpolitik ist jetzt tatsächlich der Moment gekommen, wo Volkspartei und Zentrum den Mut zur Erfüllung dieser ihrer moralischen Pflicht haben müssen.

Dr. Oestreich.

— Tschitscherins Ankunft in Berlin. Gestern abend 9 Uhr 24 Minuten traf der russische Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin auf dem Stettiner Bahnhof ein. Zum Empfang hatten sich Ministerialdirektor Dr. Walleroth, Geheimrat v. Dirksen, der Chef des Protokolls Gesandter Koster, sowie das gesamte Personal der hiesigen russischen Botschaft auf dem Bahnsteig eingefunden.

Preußische Staatsbibliothek Berlin